

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Service
Bearbeitet von: Herrn Xandry

Datum
28.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung	04.07.2002
Haupt- und Finanzausschuss	11.09.2002

Betreff:

Zwischenbericht über den Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung
Entscheidung bezüglich der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten bei kleineren Objekten
Bericht über Sparmaßnahmen im Fachbereich 2, Abteilung 2/1 Service

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung und der Haupt- und Finanzausschuss nehmen von den Berichten zum Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung sowie zu den im Fachbereich 2/1 weiterhin getroffenen Sparmaßnahmen Kenntnis.

Bezüglich der Vergabe von Reinigungsarbeiten an Firmen bei kleineren Objekten stimmt der Haupt- und Finanzausschuss, unter den genannten Bedingungen, dem Vorschlag der Verwaltung zu, auf die Forderung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen zu verzichten.

Sachverhalt / Begründung:

I. Ausgangslage:

Nach dem Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.01.1994 sind folgende Maßnahmen zur Kostenreduzierung im Bereich der Gebäudereinigung durchzuführen, die innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren zu einer Ersparnis von

1.553.898 € (= 3.043.000 DM)

führen sollten:

- Umstellung der bisher täglich durchgeführten Gebäudereinigung auf das Intervallreinigungsverfahren im Bereich der Eigenreinigung.
- Umstellung der bisher täglich durchgeführten Gebäudereinigung auf das Intervallreinigungsverfahren im Bereich der Fremdreinigung.
- Erhöhung der stündlichen Reinigungsleistung.
- Erhöhung des Fremdvergabeanteiles an Schulen und Turnhallen.
- Schaffung von Rahmenbedingungen für die Umsetzung der v.g. Maßnahmen.
- Prüfung der übrigen Reinigungsobjekte (außer Verwaltungsgebäuden), ob eine Fremdvergabe wirtschaftlicher ist.

Bezüglich der Umsetzung des Intervallreinigungsverfahrens ist festzustellen, dass im Bereich der **Fremdreinigung die Umsetzung zu 100 %** erfolgt ist. Im Bereich der **Eigenreinigung ist mittlerweile eine Umsetzungsquote von über 98 % zu verzeichnen.**

Durch Abschluss der Dienstvereinbarung „Gebäudereinigung“ am 01.12.1994 konnte zudem eine Erhöhung der Reinigungsleistung pro Stunde sowie entsprechende Rahmenbedingungen abgeschlossen werden. Wie bereits berichtet wurde, ist in diesem Zusammenhang zunächst auf die weitere Privatisierung von Objekten bis zum 31.12.1999 verzichtet worden.

Die bisher durchgeführten und bzw. bis zum 15.04.2002 eingeleiteten Maßnahmen haben zu einer Kostenreduzierung im Reinigungsbereich in Höhe von insgesamt

2.308.714 € (= 4.515.453 DM)

geführt. Es ist festzustellen, dass somit gegenüber der ursprünglichen Kalkulation aus 1994 über **752.853 € (= 1.472.453 DM)** mehr eingespart worden sind.

Den bisher erzielten Einsparungen sind folgende Maßnahmen zuzuordnen:

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| - Umsetzung des Intervallreinigungsverfahrens

im Bereich der Eigenreinigung sowie Erhöhung
der Reinigungsleistung | 1.221.987 € |
| - Umsetzung des Intervallreinigungsverfahrens
und Neuvergabe im Bereich der Fremdreinigung | 554.751 € |
| - Neuvergabe der Fensterreinigung | 79.250 € |
| - Organisationsuntersuchungen/sonstige Maßnahmen des FB 2/1 | 156.966 € |

- Privatisierungsmaßnahmen, insbesondere ab
01.01.2000 295.526 €

Die seit 1994 umgesetzten Einzelmaßnahmen sind in der **Anlage 1** aufgeführt.

II. Kostenrechnung

Mit den Zwischenberichten vom 24.07.1997, 28.09.1998 sowie vom 27.01.2000 hatte ich dargestellt, dass zum 01.01.1996 für den Bereich der Gebäudereinigung die Kostenrechnung eingeführt worden ist. Hierdurch ist es nunmehr möglich, die tatsächlichen Kosten, die für die Reinigung der städtischen Objekte entstehen, zu ermitteln.

Die Kostenentwicklung der Jahre 1997 bis 2001 für die Gebäudereinigung insgesamt entnehmen Sie bitte aus der beigefügten **Anlage 2**.

Im Jahr 2001 betrugen die Gesamtkosten für die Unterhaltsreinigung **3.414.199 €** (= 6.677.438 DM), so dass gegenüber dem Rechnungsjahr 1996 eine Kostenreduzierung in Höhe von 184.175 € (= 361.273 DM) zu verzeichnen ist.

Zu berücksichtigen ist, dass bereits vor Einführung der Kostenrechnung in den Jahren 1994/1995 erhebliche Kosteneinsparungen erzielt werden konnten. Im genannten Zeitraum wurden bereits im Bereich Personalkosten 771.305 € und im Sachkostenbereich 659.167 €, insgesamt somit 1.430.472 € (= 2.801.293 DM), eingespart. Dies entspricht einem Anteil von 62 % der gesamten erzielten Einsparungen in der Gebäudereinigung.

Nur durch die erreichten Sparmaßnahmen in den Jahren 1996 - 2001 konnten die erfolgten Lohn- bzw. Tarifierhöhungen, Höhergruppierungen, Alterstufensteigerungen, Erhöhung der Sozialversicherungsanteile im Personalkostenbereich von 14 %, die jährlichen Tarifierhöhungen im Bereich der Fremdvergabe von rd. 10 % sowie die Preiserhöhung der Kosten für Reinigungsmittel und Geräte kostenmäßig aufgefangen und sogar noch die Gesamtkosten der Unterhaltsreinigung reduziert werden.

Darüber hinaus wurden der zentralen Gebäudereinigung weitere Objekte zur Reinigung durch Neubau-, Umbau bzw. Erweiterungsbauten zugewiesen, wie

- Neubau / Anbau Gesamtschule Eiserfeld,
- Neubau der Dreifachturnhalle Giersberg,
- Erweiterungsbau an der Pestalozzischule,
- Anbau / Erweiterungsbau Grundschule Birlenbach
- Hammerhütter Schule
- sowie diverse An- bzw. Umbauten (Nutzung von ehem. Hausmeisterwohnungen, Kellerräumen, zusätzliche Reinigung wegen erhöhter PCB-Werte usw.).

Die hierfür in den letzten Jahren zusätzlich angefallenen Personal- und Sachkosten sind mit rd. 175.000 € p.a. zu veranschlagen und konnten ebenfalls **nur durch die** vorgenommenen Einsparungen kompensiert werden.

III. Bericht über die vorgesehenen Fortbildungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen der Mitarbeiterinnen im Bereich der Unterhaltsreinigung

In meinen Zwischenberichten zum Stand der Gebäudereinigung vom 28.09.1998 und 27.01.2000 hatte ich mitgeteilt, dass, um mögliche weitere Privatisierungen zu forcieren - und um somit weitere Einsparungen zu erzielen - beabsichtigt ist, dem städtischen Reinigungspersonal Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen anzubieten, um ggf. künftig andere Tätigkeiten im Bereich der Stadtverwaltung übernehmen zu können.

Im Rahmen dieser Maßnahme wurden im Januar 1999 insgesamt 73 Mitarbeiterinnen angeschrieben, wobei auf evtl. freiwerdende Stellen (Sekretariate, Aufsicht Museum, Überwachung ruhender Verkehr) hingewiesen wurde. Darüber hinaus hatten die Mitarbeiterinnen die Möglichkeit, eigene Wünsche für eine zukünftige Tätigkeit anzugeben.

Von den 73 angeschriebenen Mitarbeiterinnen haben zunächst 15 Mitarbeiterinnen ihr Interesse an einer anderen Tätigkeit bzw. ihre Bereitschaft an der Teilnahme an Fortbildungs- / Qualifizierungsmaßnahmen erklärt, 2 weitere Mitarbeiterinnen haben sich Mitte 2000 zu Fortbildungsmaßnahmen bzw. Umsetzung beworben.

Die Mitarbeiterinnen haben von der Möglichkeit, an einer 1-wöchigen Software-Schulung (Grundlagenvermittlung), durchgeführt durch VHS, sowie an einem 1-tägigen Seminar über die Grundzüge der Kommunalverwaltung überwiegend Gebrauch gemacht.

Die Maßnahme „Fortbildung und Qualifizierung der Mitarbeiterinnen im Reinigungsbereich“ ist als abgeschlossen anzusehen.

Seit 1999 wurden insgesamt 12 Mitarbeiterinnen in andere Beschäftigungsbereiche umgesetzt (Telefonzentrale, Verwaltungsbereich, Bücherei, Museumsaufsicht, Kantinen), eine Mitarbeiterin hat zwischenzeitlich ihr Arbeitsverhältnis bei der Stadt gekündigt, eine Mitarbeiterin ist in Erziehungsurlaub, zwei Mitarbeiterinnen haben aus familiären Gründen von der Übernahme einer anderen Tätigkeit Abstand genommen. In Absprache mit der Personalabteilung werden weiterhin bei freien adäquaten Stellen mögliche Umsetzungen von Reinigungskräften in Betracht gezogen. Somit bestehen weiterhin für interessierte Mitarbeiterinnen Perspektiven für die Übernahme in andere Tätigkeiten.

IV. Weitere Entwicklung im Bereich der Gebäudereinigung

In meinem letzten Bericht vom 27.01.2000 erwähnte ich bereits, dass ab dem 01.01.2000 weitere Privatisierungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung vorgesehen waren.

Unter Ziffer I des Berichtes hatte ich bereits erläutert, dass die Befristung zum Verzicht auf weitere Privatisierungsmaßnahmen in der Dienstvereinbarung Gebäudereinigung zum 31.12.1999 ausläuft und darauf hingewiesen, dass mit dem Personalrat eine weitere bzw. ergänzende Regelung hinsichtlich der weiteren Fremdvergabe von Reinigungsaufgaben in städtischen Objekten getroffen werden soll.

In der am 18.01.2000 abgeschlossenen Ergänzung zur Dienstvereinbarung „Gebäudereinigung“ konnte nunmehr erreicht werden, dass der Privatisierungsanteil auf rd. 80 % der Gesamtreinigungsfläche (= 262.000 m², 80 % = 209.600 m²)) gesteigert werden kann. Die Objekte, bei denen auch zukünftig auf eine Privatisierung der Reinigungsarbeiten verzichtet wird, habe ich detailliert in meinen Bericht vom 27.01.2000 aufgeführt.

Durch Abschluss der neuen Dienstvereinbarung konnte seit dem 01.01.2000 bis 15.03.2002 die Privatisierung der Unterhaltsreinigung in weiteren 18 städtischen Objekten bzw. Teilbereichen umgesetzt werden (siehe hierzu auch Auflistung in Anlage 1). Die Ersparnis allein durch diese Maßnahmen, bei Gegenrechnung der Sachkosten, beläuft sich auf 295.000 €.

In diesem Zusammenhang möchte ich es nicht versäumen, auch dem Personalrat für die konstruktive Zusammenarbeit Dank auszusprechen, der sich den unter Berücksichtigung der städtischen Haushaltslage zu treffenden Sparmaßnahmen nicht entzogen hat.

V. Fazit über die Einführung der Intervallreinigung in städtischen Objekten

Nachdem nunmehr das Intervallreinigungsverfahren kontinuierlich seit 1994 in nahezu allen städtischen Objekten umgesetzt worden ist, liegen somit Erfahrungswerte von über 8 Jahren vor. Mit der Einführung der Intervallreinigung war selbstverständlich eine Minderung des Reinigungsstandards verbunden. Die in 1994 geäußerten Befürchtungen, dass die in der Intervallreinigung stehenden städtischen Objekte dadurch „verschmutzen“, haben sich nicht bewahrheitet. Insbesondere unter Berücksichtigung der bisher erzielten Einsparungen ist insgesamt festzustellen, dass die sicherlich mit dem Intervallreinigung verbundenen Unzulänglichkeiten noch als vertretbar anzusehen sind.

VI. Problematik weiterer Privatisierungsmaßnahmen bei kleineren Objekten

Zu den zu treffenden Maßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung hat der Haupt- und Finanzausschuss am 19.12.1994 bezüglich der Vorgehensweise bei den weiteren beabsichtigten Privatisierungsmaßnahmen unter Ziffer 5 folgende Vorgabe entschieden:

„Während die in der Eigenreinigung beschäftigten Arbeitskräfte weitgehend sozialversicherungspflichtig sind und Beiträge zur Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung zahlen, stehen die im privaten Reinigungsgewerbe tätigen Beschäftigten vielfach in einem versicherungsfreien Arbeitsverhältnis. Um auch hier eine soziale Absicherung zu erreichen, sind die Reinigungsfirmen vertraglich zu verpflichten, ihre in städtischen Objekten beschäftigten Bediensteten sozialzuversichern. Diese Regelung ist bei Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen und einem Großteil der übrigen Behörden obligatorisch. Der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung ist von den Reinigungsfirmen zu tragen. Dies führt ggf. zu höheren Kosten. Die Personalgewinnung für Reinigungsunternehmen wird erschwert.“

Die Beschlussfassung in 1995 erfolgte allerdings unter dem Aspekt, dass zunächst nur die Privatisierung der Unterhaltsreinigung in Schulen und Turnhallen, somit in flächenmäßig großen Objekten mit mehreren Mitarbeiterinnen im Reinigungsbereich, vorgesehen war. Die Prüfung, ob weitere Privatisierungsmaßnahmen in anderen Objekten durchgeführt werden können, sollte zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Aufgrund der am 18.01.2000 neu abgeschlossenen Dienstvereinbarung „Gebäudereinigung“ ist nunmehr die Privatisierung weiterer, auch kleinerer Objekte ermöglicht worden (z.B. Jugendtreffs, Umkleidegebäude, ggf. auch Friedhofshallen usw.). In diesen Objekten werden teilweise auch jetzt bereits städtischen Mitarbeiter eingesetzt, die nicht im vollem Umfang der Sozialversicherung unterliegen. Hier werden lediglich, aufgrund der in 1999 erfolgten gesetzliche Änderungen zu den „geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen“ Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung abgeführt, jedoch keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet.

Unter Berücksichtigung der oben genannten. Beschlusslage müssten demnach Reinigungsfirmen bei Übernahme der Reinigungsarbeiten, entgegen der bei der Stadt teilweise selbst ausgeübten Praxis, ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis darstellen. Nicht nur, dass dies zu einer nicht relevanten Kostensteigerung führen würde, ist festzustellen, dass die Reinigungsfirmen aufgrund von Personalschwierigkeiten hierzu kaum noch in der Lage sind. Personal zu gewinnen, das beispielsweise morgens früh ein Umkleidegebäude mit 1 ½ Stunden reinigt und nachmittags für 1 - 2 Stunden noch eine weitere Tätigkeit ausübt, ist auch aufgrund der hier vorliegenden Erfahrungen kaum noch möglich.

Auch unter Berücksichtigung der in 1999 eingetretenen gesetzlichen Änderungen sowie der bei der Stadt Siegen selbst geübten Praxis wird vorgeschlagen, bei der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten bei kleineren Objekten, d.h. bei solchen Objekten, **bei denen sich aufgrund der Reinigungsfläche und des monatlichen Stundenkontingentes bezogen auf den Einsatz eines Mitarbeiters kein umfassendes sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis darstellen lässt**, auf diese Forderung zukünftig zu verzichten.

VII. Weitere im Fachbereich 2/1 umgesetzte Sparmaßnahmen

Neben den erreichten Sparmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung sind im Fachbereich 2/1 weitere Maßnahmen zur Kostenreduzierung vorgenommen worden. Ich nehme die Berichterstattung zu den Maßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung zum Anlass, auch hierüber erstmals insgesamt zu informieren.

Der Gesamtbetrag dieser Maßnahmen beläuft sich auf insgesamt 203.859 € (= 398.714 DM). Die Einzelmaßnahmen sind ebenfalls in der Anlage 1 detailliert aufgeführt.

Demnach stelle ich fest, dass seit 1994 im Fachbereich 2/1 insgesamt Kostenreduzierungen in einer Gesamthöhe von

2.512.573 € (= 4.914.167 DM)

erreicht worden sind.

Über die weitere Entwicklung der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung sowie im Servicebereich werde ich turnusmäßig in 2 Jahren berichten.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen: 2